



Bilanz 2025:

Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen - Entwicklungen, Herausforderungen und Handlungsbedarf aus Sicht der Beratungsstellen

Ein Jahr unter Druck

Für die in Nordrhein-Westfalen (NRW) tätigen Beratungsstellen, die Betroffene rechter Gewalt¹, Ausstiegswillige und Engagierte gegen Rechtsextremismus unterstützen, war das Jahr 2025 ein Jahr der Verdichtung. Viele Entwicklungen, die sich bereits zuvor abgezeichnet hatten, haben sich 2025 spürbar beschleunigt: eine Normalisierung rechtsextremer, rassistischer, antisemitischer wie auch queerfeindlicher Positionen in Teilen der Öffentlichkeit, eine deutliche Zunahme der Fallanfragen im Kontext rechter Gewalt und ein auffälliger Trend hin zu immer jüngeren Rechtsextremen. Die Beratungsstellen ziehen deshalb eine Bilanz, die ebenso klar wie besorgniserregend ausfällt.

Diese Jahresbilanz soll Hintergründe liefern, Zusammenhänge sichtbar machen und darlegen, warum die Beratungslandschaft in NRW vor gestiegenen Herausforderungen steht.

1. Normalisierung rechtsextremer Positionen: Verschobene Grenzen des Sagbaren

1.1 Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus als alltagsnahe Präsenz

Die Beratungsstellen berichten, dass sich rechtsextreme, rassistische, antisemitische wie auch queerfeindliche Haltungen stärker in den öffentlichen Raum verlagert haben. Dies betrifft sowohl direkte Feindseligkeiten und Angriffe im Alltag als auch die Art und Weise, wie rechtsextreme Narrative im politischen Diskurs auftauchen. Die Normalisierung äußert sich besonders sichtbar durch eine flächendeckende Präsenz der AfD in NRW – etwa in kommunalen Parlamenten und Gremien, lokalpolitischen Debatten sowie im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen. Auch Bedrohungen und Angriffe aus rassistischen, antisemitischen und queerfeindlichen Motiven wie auch gegen politische Gegner*innen sind Alltagserfahrungen für viele Menschen geworden.

Diese Präsenz wird von vielen Beratungssuchenden als belastend erlebt. Es geht dabei weniger um einzelne politische Positionen, sondern vielmehr um ein gesellschaftliches Klima, in dem abwertende Äußerungen normaler erscheinen und in dem rassistischer, antisemitischer und rechter Hass häufiger ungefiltert zum Ausdruck kommen.

1.2 Verunsicherung in Zivilgesellschaft und Institutionen

Zivilgesellschaftliche Akteure – Vereine, Initiativen oder kirchliche Gruppen sowie Schulen, Verwaltungen und Institutionen – berichten den Beratungsstellen zunehmend von Handlungsunsicherheiten. Diese Unsicherheiten sind ein direktes Resultat aus der veränderten gesellschaftlichen Stimmung. Oft geht es um Fragen wie:

- Wie offen können wir demokratische oder menschenrechtliche Positionen vertreten?
- Wann riskieren wir Anfeindungen und Angriffe?
- Wie schützen wir Ehrenamtliche und Mitarbeitende?

Viele Akteure erleben, dass sie schneller durch rechtspopulistische oder -extreme Protagonist*innen in politische Auseinandersetzungen hineingezogen werden, obwohl ihre Arbeit eigentlich auf Bildung, Jugendarbeit oder Integration ausgerichtet ist. Diese Unsicherheit bremst Engagement – und das in einer Zeit, in der demokratische Akteure dringend Stabilität und Rückendeckung benötigen.

¹ Rechte Gewalt ist ein Sammelbegriff unter dem hier und im Folgenden rechte, rassistische, antisemitische und anderen menschenfeindlich motivierte Gewalt verstanden wird.



Bilanz 2025:

Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen – Entwicklungen, Herausforderungen und Handlungsbedarf aus Sicht der Beratungsstellen

2. Zunahme der Fallanfragen im Kontext rechter Gewalt: Ein Trend mit spürbaren Folgen

2.1 Mehr Betroffene, mehr Anfragen, mehr Dringlichkeit

Die Beratungsstellen verzeichnen seit 2023 nicht nur einen quantitativen Anstieg der Anfragen, sondern auch eine qualitative Verschärfung der Fälle. Bedrohungen werden expliziter, körperliche Übergriffe brutaler, digitale Angriffe koordinierter. Auch im Wahlkampf kam es zu Einschüchterungsversuchen, Bedrohungen von Kandidierenden und Gewalttaten.

Diese Entwicklungen führen zu einer gestiegenen Zahl von Menschen, die professionelle Hilfe benötigen – oft zeitnah, oft langfristig. Für Beratungsstellen bedeutet dies: Sie müssen schneller reagieren, häufiger vor Ort sein und Sicherheitserwägungen einbeziehen.

2.2 Kommunalwahlkampf als Katalysator für zunehmende Gewalt

Der Wahlkampf in NRW war 2025 ein besonderer Brennpunkt. Die Beratungsstellen berichten von Bedrohungen und Übergriffen rund um Wahlstände, politische Veranstaltungen und Informationsangebote. Betroffen waren nicht nur politische Akteure, sondern auch ehrenamtliche Teams, Bürger*innen sowie in zivilgesellschaftlichen Initiativen Engagierte, die sich öffentlich positioniert hatten.

Diese Ereignisse haben das Sicherheitsgefühl vieler Menschen nachhaltig beeinträchtigt. Sie verstärken zudem den Eindruck, dass rechtsextreme Gruppen durch Einschüchterungsversuche politischen Einfluss gewinnen wollen. Diese Entwicklung ist auch ein Ausdruck des gestiegenen Selbstbewusstseins von Rechtsextremen.

3. Ein neuer Trend: Immer jüngere Rechtsextreme

3.1 Radikalisierung im Jugendalter

Ein zentrales Thema bei den Beratungsstellen in diesem Jahr war das gesunkene Alter von Menschen, die sich in rechtsextremen Strukturen bewegen oder entsprechende Inhalte verbreiten. Die Beratungsstellen stellen fest:

- Immer mehr Fälle betreffen Jugendliche im Alter von 13 bis 17 Jahren.
- Online-Radikalisierung nimmt eine wichtige Rolle ein. Viele junge Menschen kommen über gamingnahe Communities, Memekulturen oder Chatgruppen, aber auch auf Massenplattformen wie Instagram und insbesondere TikTok, in Kontakt mit rechtsextremen Inhalten.

Pädagogische Einrichtungen sehen sich damit konfrontiert, dass rechtsextreme Codes wie auch rassistische, antisemitische und queerfeindliche Sprache und Witze im Schulalltag angekommen sind. Die Existenz und hohe Attraktivität neuer, noch relativ unstrukturierter Neonazi-Gruppen – oft in Verbindung mit schon lange bestehenden Strukturen – ermöglicht Jugendlichen einen niedrigschwelligen Zugang zu rechtsextremen Gruppen und Betätigungsfeldern, der so ein Jahrzehnt lang in NRW nicht gegeben war.



Bilanz 2025:

Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen – Entwicklungen, Herausforderungen und Handlungsbedarf aus Sicht der Beratungsstellen

3.2 Pädagogische Systeme unter Druck

Lehrkräfte und Sozialarbeiter*innen melden häufiger Unsicherheiten und Überforderungsgefühle. Die Beratungsstellen unterstützen Schulen intensiv, doch auch hier zeigt sich: Der Bedarf steigt schneller, als die vorhandenen Kapazitäten mithalten können.

Die pädagogischen Herausforderungen sind komplex:

- Welche Präventionsmöglichkeiten gibt es und lassen sich an der Schule, im Jugendzentrum oder in der Wohngruppe umsetzen?
- Wie bindet man Eltern ein, die selbst rechtsextremen Positionen nahestehen?
- Wie ist es möglich, Betroffene extrem rechter Anfeindungen im Kontext Schule zu unterstützen und zu stärken und gleichzeitig mit jenen Schüler*innen pädagogisch zu arbeiten, die sich diskriminierend und ausgrenzend verhalten?
- Wie begegnet man digitalen Radikalisierungswegen, die außerhalb schulischer Kontrolle liegen?

4. Gestiegenes Selbstbewusstsein rechtsextremer Akteure

4.1 Öffentliche Selbstinszenierung

Ein weiterer Befund der Beratungsstellen ist das gestiegene Selbstbewusstsein rechtsextremer Gruppen und Einzelpersonen. Sie treten sichtbarer auf, zeigen weniger Hemmung sich zu bekennen und nutzen sowohl analoge als auch digitale Räume offensiver für Propaganda und Mobilisierung.

In Gesprächen mit Beratungssuchenden taucht häufig der Eindruck auf, dass rechtsextreme Akteure „sich im Aufwind“ fühlen. Dieser Eindruck ist für Betroffene von großer Bedeutung, da er ihr Sicherheitsgefühl direkt beeinflusst.

4.2 Folgen für Betroffene

Für Menschen, die von rechten Bedrohungen und Angriffen betroffen sind – obdachlose, queere und rassifizierte Menschen, von Antisemitismus betroffene Personen, migrantische Familien, religiöse Minderheiten oder lokalpolitisch Engagierte – entsteht daraus ein ernstes Problem: Sie äußern vielfach die Befürchtung, dass Grenzüberschreitungen und enthemmte Gewalt künftig weiter zunehmen werden. Dieses Klima führt zu Rückzugstendenzen, zu Selbstzensur und zur Vermeidung öffentlicher Räume und politischer Beteiligung.

5. Die Situation der Beratungsstellen: Arbeitslast über dem Limit

5.1 Quantitative Belastung: Mehr Fälle als Kapazitäten

Alle Beratungsstellen in NRW berichten 2025 im Vergleich zu den Vorjahren von gestiegenen Fallzahlen. Hinzu kommt, dass die Fälle häufig komplexer sind als in den Vorjahren – etwa, weil digitale Angriffe, juristische Fragen oder Sicherheitsvorkehrungen eine größere Rolle spielen und Beratungsnehmende öfter u.a. durch Mehrfachbelastungen einen deutlich höheren Leidensdruck verspüren.



Bilanz 2025:

Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen – Entwicklungen, Herausforderungen und Handlungsbedarf aus Sicht der Beratungsstellen

Dadurch entstehen mittlerweile regelmäßig Wartezeiten für Beratungstermine, teilweise können Beratungsanfragen aufgrund von fehlenden Kapazitäten nicht bearbeitet werden. Diese Situation ist für Betroffene oftmals schwer auszuhalten. Bei anhaltenden Bedrohungslagen und nach gewalttätigen Angriffen kann das riskant sein: Jede Verzögerung kann zu einer Eskalation der Lage oder zum Rückzug der Beratungssuchenden führen. Dies gilt insbesondere auch für Situationen, in denen Angriffe unmittelbar befürchtet werden müssen, die Polizei aber nicht helfen kann, da noch keine strafbaren Handlungen geschehen sind.

5.2 Qualitative Belastung: Emotional und organisatorisch fordernde Arbeit

Neben der Anzahl der Fälle steigt der emotionale Druck. Mitarbeitende müssen Betroffene in hoch belasteten Situationen begleiten, kommunale Akteure beraten, Krisenintervention leisten. Seit Jahren sinkt die Kapazität Präventionsarbeit zu leisten. Daher kann zunehmend nur noch von Problem zu Problem gearbeitet werden. Es ist kaum mehr möglich perspektivisch mit dem Ziel tätig zu werden, bestimmten Herausforderungen bereits in ihrer Entstehungsphase zu begegnen. Diese Tendenz hat sich durch die Zunahme der Beratungsanfragen in den letzten Jahren noch verstärkt.

6. Warum NRW jetzt eine Stärkung der Beratungsstellen braucht

6.1 Keine vorsorgliche Maßnahme – sondern akute Notwendigkeit

Aus Sicht der Beratungsstellen ist die Stärkung keine Frage des „Aufstockens für spätere Zeiten“, sondern eine unmittelbare Voraussetzung, um handlungsfähig zu bleiben. Wenn Beratungssuchende zu lange warten müssen, verlieren sie Vertrauen, Schutz und Unterstützung. Dies gilt für Betroffene rechter Gewalt genauso wie für verunsicherte Initiativen oder kommunale Akteure. Für eine weitläufige Bewerbung der Beratungsangebote fehlen die personellen und finanziellen Kapazitäten. Menschen, die aufgrund der Herausforderungen, mit denen sie sich konfrontiert sehen, nicht in der Lage sind die Beratungsstellen selbst zu recherchieren, bleiben unversorgt. Es ist aus der Perspektive der Beratungsstellen offenkundig, dass im Land ein weitaus größerer Beratungsbedarf besteht.

6.2 Demokratieberatung ist Infrastrukturarbeit

Beratung im Kontext Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus hat sich in NRW zu einer unverzichtbaren Infrastruktur entwickelt – vergleichbar mit Jugendarbeit oder anderen Handlungsfeldern Sozialer Arbeit. Angesichts der politischen und gesellschaftlichen Lage braucht diese Infrastruktur Stabilität, Verlässlichkeit und größere personelle Ressourcen.

Mehr Personal bedeutet:

- schnellere Reaktionszeiten,
- verbesserte Erreichbarkeit,
- Krisenintervention ohne Verzögerung,
- Unterstützung auch in ländlichen Regionen,
- stärkere Präsenz bei Wahlkampfeignissen oder kommunalen Konflikten,
- gezielte Arbeit mit pädagogischen Einrichtungen.

Kurz: Eine stabile Beratungslandschaft schützt Menschen, stärkt demokratische Kultur und entlastet diejenigen, die im Alltag Verantwortung tragen.



Bilanz 2025:

Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen – Entwicklungen, Herausforderungen und Handlungsbedarf aus Sicht der Beratungsstellen

7. Ausblick: Was jetzt notwendig ist und in Zukunft immer dringender wird

Die Beratungsstellen gehen davon aus, dass sich die Trends des Jahres 2025 fortsetzen werden. Besonders wahrscheinlich sind:

- weitere Polarisierung im öffentlichen Diskurs,
- zunehmende digitale Radikalisierung,
- verstärkte Bedrohungen gegenüber politisch oder gesellschaftlich aktiven Menschen,
- steigender Bedarf an Beratung in Schulen und Jugendhilfe,
- Verschlechterung der subjektiven und objektiven Sicherheitslage von (potentiell) Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

Um diesen Entwicklungen zu begegnen braucht es verlässliche Strukturen, frühzeitig verfügbare Unterstützung und qualifiziertes Personal. Die durch alle demokratischen Fraktionen des Landtags beschlossene Sicherung des Status Quo im Haushaltsplan 2026 und die Stärkung unserer Arbeit und weiterer Themenbereiche durch das Anfang November 2025 verabschiedete „Gesetz zur Stärkung der Unabhängigkeit und Überparteilichkeit der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen“ sowie die darin vorgesehene dauerhafte Förderung der Beratungsstrukturen sind ein wichtiges und starkes Signal an die Beratungslandschaft und die Zivilgesellschaft. Die Absicht der Landespolitik, professionelle Beratung gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Ideologien der Ungleichwertigkeit abzusichern, ist ausdrücklich zu begrüßen. Sie muss jedoch der Notwendigkeit Rechnung tragen, die Beratungsstrukturen personell und materiell so auskömmlich auszustatten, dass diese auf die kontinuierlich steigenden Bedarfe zeitnah und professionell reagieren können.

Schlussbemerkung

Diese Bilanz ist kein Alarmismus, sondern eine fachliche Einschätzung aus der täglichen Beratungspraxis gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. 2025 war für die Beratungsstellen ein Jahr, in dem sich viele gesellschaftliche Konflikte zugespitzt haben. Die sichtbaren Folgen rechtsextremer Aktivitäten, die Verunsicherung demokratischer Akteure und die zunehmende Belastung der Beratungsstellen zeigen deutlich: Eine stabile und ausreichend ausgestattete Beratungslandschaft ist ein zentraler Faktor für demokratische Resilienz in NRW.